Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

28.5.1864 (No. 124)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 28. Mai.

Nr. 124. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. 1864.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, 27. Mai.

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben **Sich** unter dem 14. Mai d. J.

gnädigst bewogen gefunden, dem Hauptmann Formandel vom k. k. österreichischen Infanterieregiment Mensdorff das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Medailleverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben **Sich** unter dem 4. Mai d. J.

gnädigst bewogen gefunden, dem Amtsgerichts-Diener Georg Kühner in Offenburg die silberne Zivil-Verdienstmedaille zu verleihen.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben **Sich** unter dem 6. Mai d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

dem Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, Geheimen Rath Dr. Roller, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu ertheilen, den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Kronenorden dritter Klasse anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche höchste Erlaubniß erhielt unter dem 14. Mai d. J.

der dienstthuende Kammerherr Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Großherzogin Luise, Freiherr von Edelsheim, für den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Rothen-Adler-Orden dritter Klasse.

Die Bekanntmachung vom 18. v. M., Regierungsblatt Nr. 15, Seite 116, ist dahin zu ergänzen, daß die an Hrn. Hofrath Professor Dr. Zöpfl in Heidelberg geschehene Verleihung des Komthurkreuzes zweiter Klasse des Sachsen-Ernestinischen Hausordens durch höchstes Patent Ihrer Hoheiten der Herzoge von Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Koburg-Gotha, somit von Ihren Hoheiten den Herzogen der Sachsen-Ernestinischen Linie ausgesprochen wurde.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Weimar,** 27. Mai. Die „Weimar. Ztg." bestätigt „aus bester Quelle" die Nachricht, daß Oesterreich und Preußen Instruktionen ertheilt haben, welche die Anerkennung des Herzogs Friedrich anbahnen. (S. München.)

† **Berlin,** 27. Mai. Die „Spener. Ztg." meldet heute, daß die preußische Regierung die „Kandidatur" des Herzogs von Augustenburg für Schleswig-Holstein, sowie die vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark mit allen Kräften unterstützen werde.

† **Rom,** 26. Mai. Der Papst wohnte der heutigen Frohnleichnams-Prozession bei, ohne allzu große Ermüdung zu fühlen.

London, 27. Mai. (Sch. M.) Im Oberhaus erhob sich gestern Lord Ellenborough, um die Aufführung Preußens und Oesterreichs in Jütland zu tadeln. Deutschland habe jedwede Waffenstillstands-Bedingung gebrochen; die Vorstellungen Englands seien fruchtlos ohne Kriegsbereitschaft. Graf Russell erwiederte: Dänemark veranstalte gegenwärtig Erhebungen über die Ausführung des Waffenstillstandes in Jütland, welche dann der Konferenz vorgelegt würden; einstweilen möge man Privatberichte mit Mißtrauen aufnehmen; Preußen habe die Kontributionen eingestellt. An die Gewalt zu appelliren, wäre das unglücklichste Lösungsmittel für die dänische Frage. Auch ein Krieg für Polen wäre unsinnig gewesen. Die Regierung habe alle geeigneten Schritte in Betreff Polens und Dänemarks gethan. Die Königin habe gern den Rathschlägen, welche ihr die Minister vorgelegt, beigestimmt. Lorg Brougham tadelte das Benehmen Deutschlands gegen Dänemark im Allgemeinen.

† **Neu-York,** 18. Mai. Die Nachricht von dem Rückzug Lee's von Spotsylvania ist unwahr; beide Heere stehen bei Spotsylvania, wo Lee eine starke Stellung inne hat. Seit dem 12. d. hat kein Gefecht stattgefunden; ein heftiger Regen verhinderte die Operationen. Die Südstaatlichen schlugen Butler vor Drurys-Bluff und Sigel in der Nähe von Newmarket; Letzterer wurde gezwungen, sich durch das Shenandoah-Thal nach Strasburg zurückzuziehen; er verlor 5 Kanonen und 650 Mann. Sherman hat Dalton und Resaca besetzt. General Johnston wurde auf dem Rückzug nach Atlanta von den Unionisten verfolgt.

Deutschland.

Karlsruhe, 27. Mai. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 19 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Gesetz, die Errichtung eines Barackenlagers betreffend.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern: a) Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Seekreise betreffend. b) Die Zulassung auswärtiger Feuerversicherungen zum Geschäftsbetrieb im Großherzogthum betreffend. Darnach ist der Feuerversicherungs-Gesellschaft „Helvetia" in St. Gallen die nachgesuchte Erlaubniß zur Uebernahme von Versicherungen gegen Feuersgefahr von Fahrnissen und vom fünften Theil der bei der Staatsanstalt versicherten Gebäude ertheilt, und Kaufmann Adolf Würth in Mannheim, Theilhaber der Firma S. Lederle daselbst, als Generalagent dieser Gesellschaft für das Großherzogthum bestätigt worden; ebenso Kaufmann August Rosenfeldt in Karlsruhe als Generalagent der Feuerversicherungs-Gesellschaft „Northern Assurance Company in London und Aberdeen". c) Die Stiftung des verstorbenen Regierungsraths Saur in Mannheim zu Gunsten der evangel. Kirchengemeinde Wertheim betreffend. (Betrag 10,000 fl.) d) Das Gesetz über die Organisation der innern Verwaltung betreffend. e) Die Gründung einer Kleinkinderpflege dahier betreffend. f) Die Ertheilung der Licenz als Apotheker an Emil Rincker von Tauberbischofsheim betreffend. g) Die im Frühjahr 1864 abgehaltene medizinische Staatsprüfung betreffend. Darnach wurden von 8 Kandidaten der Gesammtheilkunde, welche sich bei der jüngsten Frühjahrsprüfung eingefunden haben, Nachbenannte von großh. Sanitätskommission zur Ausübung dieses Berufs für befähigt erklärt: J. Neff von Mingolsheim, V. Lahief von Donaueschingen, J. v. Rotteck von Freiburg, J. Kusel von Bruchsal und F. Mader von Waldshut. (Schluß folgt.)

Frankfurt, 25. Mai. An Dr. S. Müller in Frankfurt ist folgendes Schreiben des Bundesbevollmächtigten, Frhrn. v. Beust, d. d. London, 18. Mai, gelangt:

Ew. Wohlgeboren haben, in Gemeinschaft mit Hrn. Brater, für den Ausschuß der Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen mittelst gefälligen Schreibens d. d. Frankfurt, 8. Mai l. J., die von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen in großer Anzahl unterzeichnete Rechtsverwahrung abschriftlich an mich gelangen lassen, und zugleich den Wunsch ausgesprochen, diese Urkunde mit thunlichster Beschleunigung zur Kenntniß der Konferenz gebracht zu sehen. Wenn ich nun auch nicht in der Lage bin, diesem Wunsch durch direkte Mittheilung der fraglichen Rechtsverwahrung an die Konferenz zu entsprechen, weil einem solchen Verfahren schon formelle Bedenken im Weg stehen würden, so dürfen E. W. sich doch versichert halten, daß ich nicht versäumen werde, diese bedeutsame Kundgebung der Rechtsauffassung so vieler Kammermitglieder bei den Berathungen der Konferenz in die Wagschale der deutschen Interessen, zu deren Vertretung ich berufen bin, in der geeigneten Weise einzulegen. Empfangen Ew. W. 2c.

Frankfurt, 25. Mai. Bezüglich Kurhessens vernimmt die „Köln. Ztg.", daß dessen Beitritt zur Erneuerung des Zollvereins auf Grundlage des französischen Handelsvertrags so viel als gesichert ist.

München, 26. Mai. (A. Ztg.) Es wird hier versichert, daß die Bundesversammlung die Frage der Erbfolge in Schleswig-Holstein in einer ihrer nächsten Sitzungen wieder aufnehmen werde, nachdem in dieser Beziehung eine Verständigung zwischen dem österreichischen und dem preußischen Kabinet bereits erzielt ist. (Wird auch aus Berlin versichert.)

Dresden, 26. Mai. In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde von derselben ein Gesetzvorschlag über die Einführung von Schwurgerichten beantragt. Die Erste Kammer genehmigte mit allen gegen drei Stimmen die in der Abgeordnetenkammer abgelehnten 59 Offiziers- und 239 Unteroffiziersstellen.

Hamburg, 26. Mai. „Dagbladet" vom 24. d. M. fährt fort, gegen eine Verlängerung der Waffenruhe heftig zu plaidiren. Es fordert die Entwicklung aller Widerstandskraft des Landes, mit Vermeidung der bisherigen Mißgriffe in der Oberleitung der Kriegsmacht. „Flyveposten" erklärt „Dagbladets" Aeußerungen für Fieberphantasien, und meint, die Vertreter der November-Verfassung hätten allein die gegenwärtigen Zustände verschuldet.

Aus Aarhuus wird gemeldet: Die nächste Woche soll ein unterseeisches Telegraphenkabel von Refsnäs über Samsoe nach Jütland gelegt werden.

Die „Hamb. Nachr." enthalten eine Korrespondenz aus Kopenhagen vom 24. Mai, als werde dort an Wiedereröffnung des Krieges geglaubt. Die Kabinetsantwort für die Konferenz hält den Standpunkt fest, daß die dänische Regierung die Abmachungen von 1851—52 nicht nur erfüllen wolle, sofern sie dazu in Stand gesetzt werde, sondern auch über etwaige Modifikationen derselben zu diskutiren bereit sei. Der Krieg sei ein ungerechtfertigter gewesen, da Dänemark im voraus sich zur Erfüllung der Forderungen bereit erklärt hatte. Es heißt, die dänische Regierung sei gewillt, die Konferenzbevollmächtigten abzuberufen, wenn die deutschen Großmächte auf ihrem Sandpunkt beharren.

Altona, 26. Mai. Die Altonaer Zeitungen melden, der ehemalige Ingenieuroberst der schleswig-holsteinischen Armee, v. Dau, sei von der herzogl. Regierung zum Verwaltungschef des Militärmaterials ernannt und nach Rendsburg, wo er bleibe, abgereist, um Alles, was an Waffen vorhanden, aufzunehmen; die Alliirten wollen nämlich dem Vernehmen nach zur ersten Ausrüstung der Armee der Herzogthümer Alles schenken, was von erbeuteten dänischen Geschützen, Musketen, Säbeln und sonstigen Armaturstücken noch im Lande sei; die Aushebungslisten sollen fertig sein, und daher wird die baldige Herstellung der schleswig-holsteinischen Armee vermuthet.

Flensburg, 24. Mai. Verfügungen der Kommissäre, veröffentlicht durch das „Schleswigsche Verordnungsblatt", verbieten die in Kopenhagen erscheinenden Blätter „Herr Sörenson" und „Folkets Nisse", entheben die beiden Flensburger Stadtkollegien ihrer Funktionen, und publiziren die schon vorläufig bekannt gewordenen Ernennungen zu dem neuen Magistrat.

Berlin, 24. Mai. Wie die „Spen. Ztg." meldet, war dem Grafen Schwerin von politischen Freunden aus Magdeburg, welche Bedenken getragen hatten, die Arnim'sche Adresse in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zu unterzeichnen, ein anderer Entwurf mitgetheilt worden, mit der Aufforderung, sich an die Spitze einer Bewegung für eine Adresse in diesem Sinn zu stellen. Graf Schwerin hat seine Ansichten über diesen Punkt in einem Schreiben ausgesprochen, dem wir Folgendes entnehmen:

Den unter der Führung des Grafen v. Arnim kolportirten Entwurf habe ich ebenfalls nicht unterschrieben, obgleich es immerhin bemerkens- und beachtenswerth ist, daß auch in diesen Kreisen endlich die Parole „los von Dänemark" zum Durchbruch kommt. Abgesehen davon, daß ich es für mich überhaupt nicht für angemessen erachten kann, mich außerhalb des Abgeordnetenhauses an Adressen an Se. Majestät zu betheiligen, entbehrt mir dieser Entwurf der erforderlichen Bestimmtheit in der Konklusion; es sind Fragen berührt, die in der Weise, wie sie berührt, eher schädlich als nützlich wirken können. Der mir von Ihnen mitgetheilte Entwurf würde mir schon mehr zusagen, da er wenigstens den Gedanken an eine Theilung Schleswigs nicht enthält, den man niemals als ein erstrebenswerthes Ziel hinstellen darf. Aber ich gestehe offen, auch Ihr Entwurf genügt mir nicht, indem er schließlich auch noch die Alternative des selbständigen Staates unter dem erbberechtigten Herrscher oder die Einverleibung in Preußen offen hält. Meine Meinung ist, daß nur eine Lösung, die dem ersten Theil dieser Alternative — ein selbständiges Schleswig unter dem erbberechtigten Herrscher, dem Herzog Friedrich VIII. — entspricht, im Recht begründet und auch den Interessen Preußens am meisten zusagend ist. Die Gründe für diese, wie ich denke, reiflich geprüfte Ueberzeugung auszuführen, würde hier zu weitläufig sein. Mich aber bescheidend, daß ich mich in dieser Meinung irren kann, oder daß die politischen Kombinationen, wie sie nun einmal thatsächlich liegen, der Realisirung, nach der Meinung der Staatsregierung, unübersteigbare Hindernisse entgegenstellen, darf ich mich zur Zeit jeder Opposition enthalten; aber ich darf nicht, meinem Gefühl nach, an einer Handlung mich betheiligen, die bestimmt ist, Se. Maj. den König zu veranlassen, auch die Annexion der Herzogthümer als ein erstrebenswerthes Ziel zu betrachten. Sie sehen, verehrter Herr, in dieser Stimmung und bei dieser Auffassung der Dinge bin ich unbrauchbar, mich an die Spitze einer Adreßagitation zu stellen, auch wenn ich, wie Sie gütigst voraussetzen, annehmen könnte, daß dies für einen guten Erfolg von Nutzen sein könnte; ich tröste mich aber mit dem Glauben, daß die Wucht der Thatsachen mächtiger ist, als die Fäden der Diplomaten und die besten Adressen, sowie, daß das Rechtsgefühl und die deutsche Gesinnung unseres Königs die beste Bürgschaft für einen guten Ausgang der uns Allen gleich theuern und wichtigen Sache ist. Mit aufrichtiger Hochachtung Ihr Graf v. Schwerin-Putzar. — Putzar, den 15. Mai 1864.

† **Berlin,** 26. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg." bespricht die mehrberegte Absicht Englands bezüglich einer Theilung Schleswigs, wobei nach dänischer Auffassung das Dgnewerk (Schlei-Linie) die nationale Grenze bilden soll. Das offiziöse Blatt bemerkt, es sei Thatsache, daß die bis 1848 geltende Kirchengrenze nördlich von Flensburg nach Tondern ging, und daß die Grenzlinie in dieser Richtung gezogen werden müßte, wenn eine Theilung nach der Sprachgrenze möglich wäre. Es wäre aber auch noch Anderes zum Schutz vor dänischer Vergewaltigung zu berücksichtigen; namentlich müßte die Bevölkerung, da wo die Nationalität gemischt ist, gehört werden.

Die ministerielle „Provinz-Korrespondenz" schließt einen Artikel über die Friedensverhandlungen mit den Worten:

Je klarer durch das Verhalten Dänemarks hervortritt, daß die politische Selbständigkeit der Herzogthümer in irgend einer Verbindung mit Dänemark nicht gesichert werden könne, desto mehr ist die Lösung der Frage nur in der gänzlichen Trennung von Dänemark zu suchen. In diesem Sinn scheint die preußische Regierung sich mit der österreichischen bereits in weiteres Vernehmen gesetzt zu haben.

Aus Wien, 23. d., schreibt man der „Nat.-Ztg.": „Wenn nicht alle Zeichen trügen, so bereitet sich hier eine entscheidende Wandlung vor. Oesterreich neigt sich der Auffassung des Deutschen Bundes und dem Wesen des v. d. Pfordten'schen Rechtsgutachtens entschieden zu. Von

der Personalunion will Dänemark Nichts wissen, England selbst hält die Idee für unfruchtbar. Unter dieselbe kann keiner der deutschen Vertreter herabgehen; somit dürften die Chancen der Augustenburg'schen Erbfolge überraschend schnell steigen. Eine Fortsetzung des Krieges will selbst England nicht; darüber lassen zuverlässige Nachrichten aus London keinen Zweifel übrig. Ein wichtiger Wendepunkt ist eingetreten. Oesterreich nimmt Position, wie seine Interessen und namentlich der alte traditionelle Zug zu den Mittelstaaten ihm gebieten."

◇ **Berlin,** 26. Mai. Bei der neuen Wendung, welche in jüngster Zeit unverkennbar in der Herzogthümerfrage eingetreten ist, wird es hier als vorzugsweise bedeutsam angesehen, daß endlich auch England beginnt, dem Gewicht der Thatsachen, sowie den Forderungen des deutschen Rechts und dem Interesse einer klaren, dauernde Friedensbürgschaften enthaltenden Lösung der dänisch-deutschen Streitsache wenigstens einigermaßen Rechnung zu tragen. Neben den mächtigen Rückwirkungen der entscheidenden deutschen Waffensiege schreibt man diese Wandlung in den Anschauungen der brittischen Politik namentlich dem Umstande zu, daß Preußen und Oesterreich offen von dem Londoner Vertrage sich losgesagt haben. Die hiesige „Spen. Ztg." erblickt in dieser Wendung hauptsächlich den Vortheil, daß nun auch von Seiten Englands „das Dogma von der Integrität der dänischen Monarchie" aufgegeben worden sei. „Früher — bemerkt das Blatt weiter — hat ein solcher Glaubensartikel für England nicht bestanden; er ist dort eigentlich erst seit 1852 importirt worden, hat sich dann aber mit wunderbarer Zähigkeit befestigt. Ist er dort durch die Thatsachen erschüttert, spricht man in England erst wieder von Theilung nach der Sprachgrenze, so ist das immerhin ein Erfolg, den man nicht allzu gering zu schätzen hat." Im Uebrigen ist das genannte Blatt keineswegs dafür, daß ein Theilungsvorschlag der neutralen Mächte in seiner Unbestimmtheit von deutscher Seite angenommen werde. Dasselbe verlangt in erster Linie die Wahrung der deutschen Anrechte auf ganz Schleswig und will die Entscheidung über eine etwaige Theilung des Herzogthums wesentlich der „Selbstbestimmung der Bevölkerung" anheimgegeben wissen. Die „Kreuzzeitung" erklärt sich gegen eine Theilung, wie gegen eine Volksabstimmung.

Unmittelbar nach dem Schluß der gestrigen Parade richtete Se. Maj. der König in Gegenwart der am Standbild des Fürsten Blücher versammelten königl. Prinzen und Generale an den wieder aus Schleswig gekommenen Prinzen Friedrich Karl und an den Feldmarschall Grafen v. Wrangel eine herzliche Ansprache, in welcher Höchstderselbe mit ergreifenden Worten beiden Feldherren für die im jetzigen Krieg dem Vaterland geleisteten Dienste Dank sagte. Wie verlautet, ist es die Absicht des Königs, bei einer günstigen Gestaltung des Wetters sich zu Anfang der nächsten Woche nach Swinemünde zu begeben, um die daselbst vereinigte Ostsee-Flotte zu besichtigen. Nach dieser Musterung werden die verschiedenen Schiffsabtheilungen auf ihre frühern Stationsplätze zurückkehren. — Gestern ertheilte Se. Maj. der König im Beisein des Ministerpräsidenten v. Bismarck dem bisherigen großh. badischen Gesandten, Frhrn. Marschall v. Bieberstein, sowie dem neu ernannten Vertreter Badens am hiesigen Hofe, Legationsrath v. Türckheim, eine Audienz, in welcher Ersterer sein Abberufungsschreiben, Letzterer sein Beglaubigungsschreiben überreichte. — Der König gedenkt sich am 10. oder 11. Juni nach Karlsbad zu begeben, dort drei Wochen lang die Kur zu gebrauchen, und dann nach Schloß Babelsberg zurückzukehren. Ob Se. Majestät in diesem Jahr auch Bad Gastein besuchen werde, ist noch nicht ausgemacht.

Breslau, 24. Mai. (Volks-Ztg.) In der gestrigen Volksversammlung, bei welcher die Zahl der Theilnehmer nach verschiedenen Angaben 1500 bis 6000 betragen haben soll, machte das Volk seinem patriotischen Gefühl trotz des Regens durch verschiedene patriotische Gesänge, die sowohl von Konservativen, wie auch von Liberalen in Harmonie ausgeführt wurden, Luft und nahm die, nachdem die HH. Simon und Hobrecht, Laßwitz und Röpel, Stein und Prediger Kutta gesprochen, die vorgeschlagene Resolution an.

Wien, 23. Mai. Zum Nordsee-Geschwader soll der „L. Z." zufolge eine Verstärkung bereit gehalten werden. Das Marine-Oberkommando läßt die Schraubenfregatten „Donau" (44 Kanonen), „Adria" (44 Kanonen), „Dandolo" (28 Kanonen), und eine Panzerfregatte zu diesem Behuf seefertig machen. Mit Hilfe dieser Schiffe erst, so sagt man, werde das Nordsee-Geschwader das Uebergewicht in der Nordsee haben, während bis jetzt die Dänen sowohl durch die Zahl als durch die Qualität der Kanonen übermächtig seien.

Wien, 24. Mai. Die „Presse" schreibt:

Die Unterhandlungen, welche in der handelspolitischen Sache gegenwärtig in Wien Seitens der kaiserl. Regierung mit den zwei von Bayern hieher gesendeten Bevollmächtigten gepflogen werden, nähern sich ihrem Schluß, und wie wir erfahren, ist zwischen Oesterreich und Bayern eine Verständigung erzielt worden. Die nächste Folge davon wird sein, daß Oesterreich und Bayern eine gemeinsame Note an Preußen richten werden, um Preußen aufzufordern, gemeinschaftlich mit Oesterreich in Paris neue Verhandlungen, die auf Modifikation des preußisch-französischen Vertrages zielen, zu eröffnen. Und zugleich wird Bayern auf der neuen, nach München berufenen Konferenz seine Zollverbündeten für die Vereinbarungen zu gewinnen suchen, welche eben jetzt in Wien getroffen werden.

Dies ist jedoch nur der formelle Ausdruck des Ergebnisses, zu welchem die gegenwärtige österreichisch-bayrische Unterhandlung führt. Materiell ist Folgendes der Inhalt des Kompromisses, das geschlossen wird. Die österreichischen Propositionen vom 10. Juli 1862 sind aufgegeben, und aufgegeben ist damit der Gedanke an einen Zollbund Oesterreichs mit den süddeutschen Staaten, welche hiezu bereit waren. Ebensowenig aber ist Oesterreich jetzt eine vollständige Zolleinigung zu offeriren geneigt. Dagegen will Oesterreich mit dem gesammten Zollverein in jenem Vertragsverhältniß bleiben, das durch den Februarvertrag hergestellt wurde; und damit dies möglich werde, soll eben mit Frankreich eine Unterhandlung eröffnet werden, um die hiezu nothwendige Modifikation des Art. 31 des preußisch-französischen Vertrags herbeizuführen. In dem zwischen Oesterreich und dem Zollverein neu zu schließenden oder eigentlich zu verlängernden Vertrage soll endlich Oesterreichs Recht auf eine künftige vollständige Zolleinigung mit dem Zollverein gewahrt bleiben.

So bezeichnet man uns den Stand der Verhandlung und glaubt alsbald damit hier zum Abschluß zu kommen, worauf der Schauplatz der Verhandlung nach Berlin verlegt wird, um schließlich in Paris die letzte Phase durchzumachen.

Wien, 24. Mai. (Nat.-Ztg.) Es scheint, daß England aus der Noth eine Tugend machen, und weil es Frankreich zu einer gewappneten Haltung gegen Deutschland nicht hinreißen kann, nunmehr die Trennung Holsteins und des deutschen Antheils von Schleswig zugeben will. Oesterreich steht nicht mehr auf dem Boden des Londoner Traktats; die nothwendige Folge ist, daß es das Augustenburgische Erbrecht anzuerkennen bereit ist. Was die Theilung Schleswigs betrifft, so ist dies eine überaus schwierige Angelegenheit, und es versteht sich von selbst, daß Oesterreich, sowie Preußen den Satz der Untrennbarkeit der Herzogthümer vertheidigen werden. Vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips wird Oesterreich keine Lösung zulassen, geschweige denn befürworten. Den Standpunkt des deutschen Rechts, sofern es die Gesammtheit der Herzogthümer umfaßt, wird es nach Kräften wahren, eine Diskussion hierüber nur auf dem Boden der reellen Machtverhältnisse annehmen. Müßte Nordschleswig wirklich hingegeben werden, zu welcher Voraussetzung aber gar kein Grund vorliegt, und was Oesterreich gewiß vermieden wissen will, so würde es mit Entschiedenheit darauf dringen, daß Lauenburg deutsches Bundesland werde und für ewige Zeiten aufhöre, zu Dänemark zu gehören. In diesem Gedanken läge Stoff zu einer Entscheidung, wenn überhaupt ein Opfer gebracht werden müsse; was aber, wie gesagt, bei der chronischen Uneinigkeit der Westmächte nichts weniger als fest steht.

Wien, 25. Mai. Es wird mitgetheilt, daß Oesterreich bereit sei, das Augustenburgische Erbrecht anzuerkennen. Oesterreich werde die These der Untrennbarkeit und Untheilbarkeit der Herzogthümer vertheidigen, auf dem Standpunkt des Nationalitätenprinzips keine Lösung zulassen. Für den Fall der unwahrscheinlichen Nothwendigkeit, Nordschleswig hinzugeben, müsse Lauenburg für immer von Dänemark aufgegeben werden.

Italien.

* **Turin,** 24. Mai. Abgeordnetenkammer. An der Tagesordnung ist die Budgetdiskussion der öffentlichen Arbeiten. Hr. Jacini fragt, wie es um die Frage des Uebergangs über die Schweizer-Alpen stehe, indem er auf die Nothwendigkeit aufmerksam macht, in dieser Beziehung einen schleunigen Entschluß zu fassen. Der Minister antwortet, die Regierung beschäftige sich fortwährend mit dieser Frage, welche ohne Zweifel nächstens im Einverständniß mit der Schweiz würde gelöst werden.

* **Turin,** 25. Mai. Man hat unter die Deputirten die Uebersicht der Lage der Finanzen, wie sie Ende Dezembers 1863 war mit den Resultaten der letzten Finanzausstellung, vertheilt. Die Einkünfte waren 2 Milliarden 433 Millionen und die Ausgaben 2 Milliarden 668 Millionen, mithin ein Defizit von 235 Millionen. In Kasse war am 31. Dezember 1863 103 Millionen. Zu emittiren als Vervollständigung der letzten Anleihe 200 Millionen.

Frankreich.

♁ **Paris,** 25. Mai. Der dänische Konferenzbevollmächtigte, Hr. Krieger, hatte heute eine Unterredung mit Hrn. Drouyn de Lhuys; er reist Abends nach London zurück. — Den provisorischen Oberbefehl in Algier übernahm General Martimprey; als spätern Nachfolger Pelissier's nennt man General Bazaine, dermalen in Mexiko. Der „Christophe Colombe", welcher die Leiche des Herzogs von Malakoff nach Frankreich bringt, wird auf den Samstag in Marseille erwartet. Das Leichenbegängniß des Marschalls wird nächste Woche in der Kirche des Invalidenhotels gefeiert werden. — Die nach Algier abgehenden Verstärkungen wurden unter Befehl des Generals Rose, Kommandant einer Gardebrigade, gestellt. — Sonntag Morgen werden sich der Kaiser und die Kaiserin auf der Westbahn zur landwirthschaftl. Ausstellung nach Evreux begeben. Ihre Majestäten werden Abends wieder in Paris sein.

Die Berichte über das Befinden des Papstes lauten sehr besorgnißerregend, und Msgr. Chigi, apostol. Nunzius, richtete so eben ein Rundschreiben an die französischen Bischöfe, worin er sie ersucht, öffentliche Gebete für Erhaltung Pius IX. anzuordnen. — Gestern fand zur Feier des 45. Geburtstags der Königin Viktoria großes Diner im Hotel der englischen Gesandtschaft statt. Die Minister waren anwesend. Hr. Drouyn de Lhuys brachte einen Toast auf Ihre Majestät aus, auf welchen Lord Cowley mit einem Toast auf den Kaiser erwiederte. — Wie zu erwarten stand, wurde die Gesetzgeb. Session nochmals, und zwar bis zum 28., verlängert. — Wie man sagt, hätte de la Pommerais Aussicht auf Begnadigung; der Kaiser soll dieser Tage den Vater desselben empfangen haben. — Während die mexikanische Anleihe zu 60½ fast unverkäuflich ist, wurde der Theil der neuen päpstlichen Anleihe, welchen eine belgische Kompagnie übernahm, al pari vollständig gezeichnet. — Die Börse war flau und erst in der letzten Viertelstunde trat eine leichte Besserung ein. Rente bleibt 66.80 mit 15 c. Hausse, Mob. 1156.25.

Amerika.

* **Neu-York,** 14. Mai. (Mit der „City of Washington".) Es hat am 11. kein Kampf bei Spotsylvania stattgefunden. Am 12. Morgens griff Hancock die Verschanzungen der Südstaatlichen kräftig an, bemächtigte sich derselben, und machte 4000 Gefangene, darunter zwei Generale; ferner nahm er 30 Kanonen weg. Der Kampf dauerte mit Erbitterung den ganzen Tag des 12. fort, aber alle Anstrengungen der Unionisten, die Linien Lee's zu durchbrechen, waren vergebens. Während der Nacht zog sich indessen Lee zurück, indem er nur eine Linie von Tirailleuren Grant gegenüber stehen ließ. Am 13. Morgens sandte Grant eine Division vor, um zu beobachten, ob Lee eine neue Stellung in der Nachbarschaft besetzt halte, oder ob er in vollem Rückzug sei. Es wurden Grant schleunig Verstärkungen zugesandt. Die unionistische Kavallerie hat mehrere Theile der Eisenbahn hinter Lee zerstört. Das unionistische Korps Sigel's hat die Eisenbahn von Gordonville nach Charlotteville und Lynchburg zerstört. Butler rückt gegen Drurys-Bluffe vor. Nach einem unverbürgten Gerücht hätte Sherman Dalton (Georgien) besetzt. In Louisiana hat Banks Alexandria verlassen und geht gegen Simmsport. Die letzten Nachrichten sagen, daß Lee über den Po-Fluß zurückgegangen ist.

* **Neu-York,** 14. Mai (mit dem „Belgian"). Gestern ist Grant noch weiter vorgerückt hinter der Armee Lee's her. Zuverlässige Nachrichten aus Cincinnati bestätigen die Einnahme Daltons durch Sherman. Die Unionisten haben 5000 Gefangene gemacht und 30 Kanonen genommen. Der Gouverneur von Kentuckh hat eine Proklamation erlasten, in welcher er 10,000 Mann für 6 Monate verlangt, um das Land zu unterstützen, den Krieg zu beenden, und die Regierung zu retten.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 23. Mai. 14. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Regierungskommissäre: Die HH. Staatsminister Dr. Stabel, Frhr. v. Roggenbach, Ministerialrath v. Seyfried.

Der durchlauchtigste Präsident theilt mit, daß Frhr. v. Schilling und Frhr. v. Stotzingen um Urlaub gebeten haben; der erbetene Urlaub wird bewilligt.

Das Sekretariat legt vor:

1) Petition der Volksschullehrer des Schulbezirks Sinsheim, die Verlegung des Schullehrer-Seminars zu Karlsruhe betr.

2) Petition des Gemeinderaths und Eisenbahn-Komitee's zu Freiburg, die Erbauung einer Eisenbahn von Donaueschingen über Freiburg nach Breisach betr.

3) Beitrittserklärungen zu der Petition des Ausschusses für Betreibung der Angelegenheit der Kinzigthal-Bodensee-Eisenbahn aus den Gemeinden Berghaupten, Biberach, Dauchingen, Grüningen, Kirchdorf, Klingen, Marbach, Mühlenbach, Nußbach, Oberschach, Ortenberg, Pfaffenweiler, Reichenbach, Triberg, Ueberauchen, Weilersbach.

Oberhofgerichts-Advokat Dr. Bertheau beantragt, die Kommission für den Gesetzentwurf über den Gebrauch des Stempelpapiers und den Ansatz der Sporteln bei den Gerichten um zwei weitere Mitglieder zu verstärken. Der Antrag wird genehmigt; die Wahl wird vor dem Schluß der Sitzung stattfinden.

Das Haus schreitet zur Berathung des Berichts des Grafen Kageneck über das ordentliche Budget des Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Zu Tit. II. Gesandtschaften.

Graf v. Berlichingen: Ich muß gestehen, daß mich die Vorlage, nach der die Zahl der Gesandtschaften um eine vermehrt werden soll, sehr überrascht hat. Wenn der Antrag auf Verminderung derselben gestellt worden wäre, würde dies weniger der Fall gewesen sein, und ich würde darin den Hrn. Ministerialpräsidenten mit meinen schwachen Kräften nach Möglichkeit unterstützt haben. Es muß eine derartige Vermehrung um so gerechteres Aufsehen erregen, als es noch nicht so lange her ist, daß man allenthalben begreiflich machen wollte, daß die Gesandtschaften der mittlern und kleinen Staaten ihren Zweck nicht erfüllen, weil sie nicht mit dem gehörigen Nachdruck auftreten können; daß vielmehr die Vereinigung des gesammten deutschen Gesandtschaftswesens in einer Hand nothwendig sei.

Im gegenwärtigen Augenblick kann man wohl sagen, das eine Vermehrung der Gesandtschaften der öffentlichen Meinung in's Gesicht schlagen heiße, denn überall, in- und außerhalb der Kammern, wird sich dahin ausgesprochen, daß die Gesandtschaften der mittlern und kleinern Staaten auf ein Minimum reduzirt werden sollen. Baden macht jetzt eine Ausnahme hierin. Ueberhaupt sind die Gegensätze merkwürdig, die wir erleben. In Nassau hat vor acht Tagen die liberale Partei sämmtliche Positionen für Gesandtschaften gestrichen, und bei uns hat der doch auch liberal sein wollende Herr Ministerialpräsident mit den schon bestehenden Gesandtschaften noch nicht genug, nein, er will sie noch vermehren.

Was den angeführten Grund anbelangt, die Gesandtschaften sollen den Handel fördern und unterstützen, so bin ich gewiß dafür, daß man dem Handel jede mögliche Unterstützung zu Theil werden läßt, und werde jedes Mittel hiezu stets seinem vollen Umfang nach zu würdigen wissen. Denn von seinem Blühen und Gedeihen hängt ja ein nicht unbedeutender Theil des Nationalwohlstandes ab, und durch ihn profitiren wir ja Alle direkt oder indirekt. Wie aber dem Handel geholfen werden soll durch einen Gesandten, der von den dortigen Handelsverhältnissen etwa so viel versteht, als ich vom chinesischen Reich, das weiß ich wirklich nicht. Unsere praktische Zeit hat hiefür ein besseres Auskunftsmittel, die Ernennung von Konsuln, welche Handelsverhältnisse kennen, daher von wirklichem Nutzen sind und dem eigenen Land den Vortheil bieten, daß sie nichts kosten. Damit soll aber nicht gesagt sein, als sei die Ernennung eines Konsuls in Turin ein dringendes Bedürfniß. Ich habe mich bei sehr kompetenten Herren erkundigt, und diese haben mich einstimmig versichert, daß die Ernennung eines Gesandten — im Interesse des Handels — im höchsten Grade überflüssig und die Ernennung eines Konsuls kein dringendes Bedürfniß sei.

Der Handel mit Italien besteht hauptsächlich in Tabak. Dieser hat aber dort nur einen Käufer, die Regie; es bedarf also keiner Zwischenperson.

Die andern Handelsbeziehungen sind nicht nennenswerth. Was aber noch speziell den Tabak betrifft, so geht mehr davon nach Spanien, England und Amerika, und dort haben wir keine Gesandten.

Was den weiter angeführten Grund der Reziprozität betrifft, so weiß ich nicht, warum man diese allein hier einhält und nicht auch gegenüber Rußland und England, von denen jedes seinen diplomatischen Agenten in unserm Lande hat. Warum also gerade bei Italien eine Ausnahme in dieser Beziehung machen?

Nachdem nun der Grund der Reziprozität auch nicht stichhaltig ist, bin ich leider genöthigt zu glauben, die großh. Regierung wolle dem Turiner Hofe damit ein Zeichen von besonderer Freundschaft geben,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

und das ist es, was mich tief betrübt und gegen das ich mich so entschieden als möglich aussprechen muß. Jenem Staate ein Zeichen besonderer Freundschaft von Seiten unserer Regierung zu geben, der keinen Augenblick anstehen würde, seine ländergierigen Arme über Venetien auszustrecken, und den deutschen Bundesgenossen Oesterreich aufs neue mit Krieg zu überziehen, ist ein Mangel an Rücksicht, wie er noch niemals da war. Diese Rücksichtslosigkeit ist im jetzigen Augenblick um so beklagenswerther, als dieser Bundesgenosse gerade im gegenwärtigen Augenblick das kostbare Blut seiner tapfern Soldaten im Norden zu Wasser und zu Land für eine deutsche Sache reichlich vergießt. Nicht die Achtung vor dem Recht Anderer ist es, welche den königl. Hof von Turin abhält, sich Venetien, dieses feste Bollwerk deutscher Grenzen, anzueignen, sondern lediglich die Furcht vor Repetitionen der Schlachten von Custozza und Novara. Ja ich gehe noch weiter, indem ich behaupte, das lose Gewissen der Machthaber in Turin würde auch nicht anstehen, Südtyrol und die Adria sich anzueignen, und nur derselbe Grund, der sie von einem Einfall nach Venetien abhält, hält sie auch vom deutschen Bundesgebiet ab.

Wir sind daher Oesterreich zu großem Dank verpflichtet, daß es der treue Wächter der deutschen Grenzen im Süden ist, und wollen hoffen, daß es Diejenigen mit blutigen Köpfen heimschicken werde, die es wagen sollten, den heiligen Boden unseres großen Vaterlandes zu entweihen.

Baden lohnt diesen großen Dienst schlecht, indem es Oesterreichs und Deutschlands Erzfeind ein Zeichen besonderer Freundschaft gibt.

Es gibt freilich auch in Deutschland eine Anzahl sogenannter Patrioten, die sich freuen würden, wenn Oesterreich Venetien verlöre; allein zur Ehre der Nation sei es gesagt, es sind deren nur Wenige. Diese Herren wollen nicht einsehen, oder sehen in ihrer Blindheit nicht ein, daß eine Schwächung Oesterreichs auch eine Schwächung Deutschlands wäre, und daß der Verlust von Venetien die größten Gefahren für Deutschland mit sich brächte.

Um aber wieder auf den Hrn. Gesandten zurückzukommen, so ist die Stelle noch nicht besetzt, und ich hoffe immer, es wird sich Niemand dazu hergeben; denn wenn der Betreffende deutschen Sinn und ein deutsches Herz in jenem Lande bewahren will, so wird er sich vor der Zeit aufreiben. Sollte sich aber wider Vermuthen doch Jemand zur Uebernahme dieses Postens finden, so möchte ich mir erlauben, den Rath zu ertheilen, den Hrn. Gesandten in spe auf einige Zeit vorher in einem Tabaksgeschäft in Mannheim konditioniren zu lassen, damit er für das schwere Geld, daß dieser Posten kostet, doch auch einigermaßen dem Lande nützen kann.

Noch Eines — wobei ich bemerke, daß ich kein Freund bin vom Citiren der Jahre 1848 und 1849, weil da kaum vernarbte Wunden stets wieder aufgerissen werden. Es war ja die Zeit, man kann sagen, der Fehler aller Parteien, und theilweise auch der politischen Unreife. Allein im vorliegenden Fall paßt die Citation jener Zeit. Nun denn, es sind 15 Jahre her, daß wir im Land eine Regierung hatten, die mit demselben Recht existirte, mit dem der König von Italien in der Lombardei regiert. Wir hatten unser vollständiges Ministerium, dem das ganze Land unterthan, das allermindestens ebenso pazifizirt war als das Königreich Italien. Ja man muß jetzt noch nach 15 Jahren dankbar anerkennen, daß die Leiter jener republikanischen Regierung sehr milde und gerecht regierten, im Vergleich zum königl. Regiment in Italien; denn sie ließen kein einziges Todesurtheil vollstrecken, und erlaubten sich keinen Eingriff in fremdes Eigenthum, Dinge, die in Italien tagtäglich vorkommen. Nun, ich möchte gern wissen, wie der Herr Ministerialpräsident es wohl beurtheilt hätte, wenn damals der Großherzog von Toskana z. B. gesagt hätte: In Baden ist die legitime Regierung landesflüchtig, allein es ist eine andere da; dort stocken jetzt Handel und Industrie und meine Kaufleute können da gute Geschäfte machen — und hätte einen Gesandten an die provisorische Regierung hiehergeschickt, denn ob der Mann an der Spitze Brentano, Peter oder Paul heißt, ist einerlei. Wie hätte wohl der Herr Ministerialpräsident das Benehmen des Großherzogs von Toskana beurtheilt? Anders verhielt es sich aber in Wirklichkeit. Sämmtliche Regierungen hatten den Takt, einer nicht konsolidirten Regierung ihre Anerkennung zu versagen; ja sie ließen ihre Vertreter der landesflüchtigen Regierung ins Ausland folgen, indem sie einstimmig erklärten, man dürfe die gegenseitig schuldige Achtung und Rücksicht nie bei Seite setzen.

So handelten diese Regierungen gegenüber Baden, und wie handelt Baden dem deutschen Bundesgenossen gegenüber?

Wenn ich mich länger bei diesem Gegenstand verweilte, als es nothwendig war, so bitte ich, nicht zu glauben, als betrachte ich die Absendung eines Gesandten nach Turin als ein welterschütterndes Ereigniß. Im Gegentheil, ich bin überzeugt, die Herrlichkeit wird nicht lange dauern, denn man wird sich wohl bald von der Nullität der Wirksamkeit dieses Gesandten überzeugen, und hoffentlich recht bald auch zur Einsicht kommen, daß das Geld, das dieser Posten kostet, und das nach meiner Meinung rein zum Fenster hinausgeworfen ist, im Lande besser verwendet werden kann; allein ich stimme gegen diese Budgetposition und verwahre mich gegen die Absendung eines Gesandten nach Turin, weil ich darin eine unverantwortliche Vergeudung der Staatsgelder erblicke, weil sich ferner Baden dadurch noch mehr isolirt von den übrigen deutschen Bundesgenossen — und ich fürchte, daß das Land wird büßen müssen für diesen großen Fehler — und endlich, weil ich darin eine Demonstration dem deutschen Bundesgenossen Oesterreich gegenüber erblicke, eine Demonstration, die zwar an und für sich kleinlich ist, in der aber eine große Beleidigung liegt.

Gegenüber Schleswig-Holstein ist die badische Regierung deutsch — das habe ich jederzeit anerkannt, — gegenüber von Oesterreich ist sie undeutsch, ich möchte sagen, dänisch.

Artaria: Wir Alle nicht nur, sondern ganz Deutschland erkennt an: wenn eine Regierung von vaterländischen Gefühlen beseelt ist, ist es die unsere. Daher muß auch aus dem Schoße des Hauses gegen die Zweifel des Hrn. Vorredners eine Verwahrung kommen.

Der Hr. Vorredner hat einen Vergleich gezogen zwischen jetzt und dem Jahr 1849. Es ist aber ein himmelweiter Unterschied zwischen der Revolution und einem von den Großmächten anerkannten Staat. Der Vergleich scheint mir daher weder stichhaltig, noch passend.

Außer dem Tabakshandel bestehen noch sehr viele Handelsbeziehungen mit Italien, die es wünschenswerth machen, daß wir mit diesem Staat, der so viele bisher unbenützte Kräfte hat, in ein freundschaftliches Verhältniß treten und unsere Angehörigen dort geschützt werden. Ich selbst habe erfahren, wie gute Dienste die Gesandten in jeder Richtung leisten können, und es ist daher nur ein sehr wohl gethaner Schritt der Regierung, einen Gesandten in Turin zu ernennen.

(Fortsetzung folgt.)

†† Karlsruhe, 25. Mai. 50. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt. (Schluß des Berichts in Nr. 123 der Karlsr. Ztg.)

Abg. Haager hatte die Absicht, seine Ueberzeugung von der Begründetheit des Bundesbeschlusses näher darzulegen, verzichtet aber nach den Ausführungen des Hrn. Staatsministers darauf.

Abg. Prestinari hat sich durch die Einsicht der Bundestags-Protokolle, aus denen er verschiedene Auszüge mittheilt, überzeugt, daß die Berichte der Kommission auf einem irrigen Boden stehen. Bei dem besprochenen Bundesbeschluß handelte es sich nicht darum, ob die Ersatzkontingente erhöht werden sollen, sondern ob die bereits einstimmig beschlossene Erhöhung ausgeführt werden solle.

Berichterstatter Schaaff: Der Bemerkung des Hrn. Staatsministers gegenüber, daß die Kommission den Schwerpunkt allzu sehr auf die rechtliche Deduktion verlegt habe, müsse er darauf hinweisen, daß es eben die Aufgabe der Reklamationskommission sei, vom rechtlichen und nicht vom Zweckmäßigkeits-Standpunkt aus zu prüfen.

Berichterstatter v. Feder spricht sich in gleichem Sinne aus. Er sei überdies der Meinung, daß der Bundesbeschluß nicht rechtsbeständig sei, und zwar besonders auch deßwegen, weil er hätte im Plenum statt im engern Rath gefaßt werden sollen.

Abg. Kusel: Die thatsächlichen Aufklärungen, welche der Hr. Staatsminister und der Abg. Prestinari heute gegeben haben, ändern das Sachverhältniß wenigstens für die Budgetkommission; es lag eben ein thatsächlicher Irrthum über den fraglichen Bundesbeschluß vor. Die großh. Regierung hat aber bei den früheren Verhandlungen über diese Frage nichts gethan, um diesen thatsächlichen Irrthum aufzuklären; darin liegt die Rechtfertigung der Budgetkommission, daß sie diese Frage nicht für sich entscheiden wollte. Es war nicht die Absicht der Budgetkommission, sich mit der Regierung über einen Bundesbeschluß, dem diese zugestimmt hat, in Opposition zu setzen. Nachdem festgesetzt ist, daß die Regierung zugestimmt hat, daß sie nicht in der Minorität gewesen, fallen die Anstände der Budgetkommission, und er stimme für Nichtbeanstandung.

Der Präsident des Ministeriums des Auswärtigen, Frhr. v. Roggenbach: Dem Vorredner könne er in der Darstellung des geschichtlichen Ganges der vorliegenden Angelegenheit nicht ganz beistimmen. Das Mißverständniß liege darin, daß der Schwerpunkt des Bundesbeschlusses vom 23. Januar 1862, der in dem „sofortigen Vollzug" liegt, von der Kommission nicht sogleich erkannt wurde.

Er halte es nicht für zweckmäßig, daß die Kammer sich in die Untersuchung der Frage der Rechtsverbindlichkeit der Bundesbeschlüsse einlasse; sie werde vielmehr besser thun, sich mit der Garantie einer für Mitwirkung an diesen Bundesbeschlüssen verantwortlichen Regierung zu begnügen.

Es ist unstreitig ein großer Mißstand der Verfassungsverhältnisse, daß, während das Fundament des Bundes, die Einzelstaaten, eine konstitutionelle Verfassung hat, das Zentralorgan, die Bundesbehörde selbst, ohne solche Form besteht und in der Lage ist, den konstitutionellen Einzelstaaten Auflagen zu machen.

Dieses Mißverhältniß ist einer der Gründe, warum wir auf die Reform des Bundes dringen müssen und gewiß nicht aufhören werden, auf solche hinzuwirken. Von der Nothwendigkeit dieser Reform gerade in dieser Beziehung waren wir so sehr überzeugt, daß wir selbst dem sonst von uns nicht gebilligten Institut der Delegirten für den Fall einer Zuziehung bei der Bestimmung der Matrikularbeiträge und der jeweiligen Kontingentssätze zuzustimmen bereit waren.

So lange wir aber diese Reform nicht erreicht haben, handeln wir eben unter politischer Nothwendigkeit, welche die Kammer wird anerkennen müssen, wie die Regierung. Es bleibt ihr dabei frei, ihren Standpunkt durch irgend welche geeignete Verwahrung zu sichern.

Auf die Argumente der Kommissionsmehrheit und Minderheit will Redner nicht eingehen, weil er der Ansicht ist, daß keine von beiden die Frage in der Lage läßt, wie sie für beide Theile erwünscht ist, auch nicht auf die dort erwähnte Frage der Rechtsbeständigkeit des Bundes.

Wir müssen von politischem Standpunkt aus handeln, nicht von den auf die Spitze getriebenen, formell juristischen Argumentationen aus. Diese letztere Methode, gewissermaßen die des Zivilprozesses, wird uns nicht zu dem gewünschten Ziele führen.

In diesem Sinne hat die Regierung sich bereits in der vergangenen Session ausgesprochen, wie sie glaubt, im wohlverstandenen Interesse der Kammer selbst, und in diesem Sinne wünscht sie auch heute eine Entscheidung des Hauses.

Abg. Roßhirt nimmt nach Prüfung der Sache keinen Anstand, den Bundesbeschluß für einen rechtsverbindlichen zu halten. Ein Mißstand ist allerdings, daß, während in den einzelnen Staaten konstitutionelle Einrichtungen bestehen, der Bund davon entblößt ist. Redner will sich auf die Rechtsdeduktion nicht einlassen, weist aber darauf hin, daß aus formellen Gründen nicht so leicht über die Rechtsfrage wegzukommen sei, da auch die Freien Städte dem Bundesbeschluß nicht zustimmten.

Nachdem aber die großh. Regierung selbst der Sache zustimmt und wenn man die Zweckmäßigkeit der Maßregel anerkennt, erledigt sich die Sache sehr einfach.

Abg. Moll: Es ist auch eine weitere Erhöhung des Hauptkontingents in Aussicht genommen; wir haben deßhalb wohl Grund, auf die Frage genau einzugehen, ob uns der Bundesbeschluß verpflichtet oder nicht. Wenn daher die großh. Regierung an ihrem Vorbehalt festhalte, so wäre er dafür, die Erhöhung der Ersatzmannschaft zu verwerfen, denn gerade vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt müsse man sich gegen diese weitere Belastung erklären, wie dies auch die Budgetkommission in dem Bericht über das Kriegsbudget gethan habe.

Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig: Auch die Regierung fühlt die Pflicht, solche Vorschläge ins Auge zu fassen, die neben der Sorge für die Armee das Wohl der Söhne des Landes, der Kriegspflichtigen, berücksichtigen.

Was die Ersatzmannschaft betrifft, so ist dieselbe keine Verstärkung des Armeekorps, nicht dasselbe wie eine Verstärkung des Haupt- und Reservekontingents. Die Ersatzmannschaft soll nur Dasjenige wieder ersetzen, was im Krieg zu Grunde geht. Dazu bedarf es gewiß keines einstimmigen Beschlusses. Es ist die Ersatzmannschaft nur eine vorläufige Rekrutirung; dies ist wohl zu unterscheiden.

Was die Zweckmäßigkeitsfrage betrifft, so konnte man in früheren Kriegen mit einer geringern Ersatzmannschaft ausreichen; das längere Marschiren war früher schon ein Einüben.

Wenn aber jetzt die junge Ersatzmannschaft mit der Eisenbahn schnell auf den Kriegsschauplatz geworfen wird, so werden die Leute ja gleichsam direkt zur Schlachtbank geführt. Ein Ersatz von 1667 Mann für ein Truppenkorps von 15,000 Mann ist zu gering.

Wären z. B. unsere Truppen in Schleswig und hätten dort, wie vorauszusehen, starken Verlust erlitten, so hätte eine außerordentliche Konskription stattfinden müssen.

Die großh. Regierung muß demnach aus Gründen der Sache und Zweckmäßigkeitsgründen wünschen, daß der Bundesbeschluß zum Vollzug kommt.

Redner bemerkt, daß er für den Fall der Nichtbeanstandung alsbald die detaillirte Vorlage über Verwendung der geforderten Summe machen werde.

Abg. Kirsner: Die Budgetkommission wußte ebenso wie die Reklamationskommission nur von dem einen Bundesbeschluß, nicht von dem weitern. Es hätte freilich aus den Protokollen des Bundestags ersehen werden können, anderntheils hätte bei der Budgetberathung auf das thatsächliche Verhältniß von Seiten der Regierung hingewiesen werden können. Es liegt daher ein beiderseitiges Mißverständniß vor.

Redner beantragt, die Frage, nebst den vom Hr. Kriegsministerialpräsidenten angekündigten Vorlagen in die Kommission zurückzuweisen.

Der Präsident des Ministeriums des Auswärtigen, Frhr. v. Roggenbach: Daß die großh. Regierung den Ständen nichts vorenthalten hat, was zur Feststellung des thatsächlichen Verhältnisses beitragen konnte, geht schon aus dem Bericht der Majorität selbst hervor.

Berichterstatter v. Feder stimmt dem Antrag des Abg. Kirsner bei, da durch denselben der wesentliche Zweck des Minoritätsantrags erreicht werde. Nach einer längern Debatte über die Fragstellung wird der Antrag des Abg. Kirsner in Verbindung mit dem weitern des Abg. Kusel, wie schon berichtet, angenommen, wodurch die Budgetforderung mit Offenhaltung der Rechtsfrage bewilligt, zur Berichterstattung über die Detailverwendung aber nochmals an die Budgetkommission verwiesen wird.

Baden.

§* Pforzheim, 24. Mai. Unserer Stadt ist heute große Freude zu Theil geworden. Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin sind Vormittags 11⁴³ mit dem gewöhnlichen Bahnzug zum Besuch unserer Stadt hier eingetroffen. Obschon man erst spät Kunde von dem der Stadt zugedachten Höchsten Besuch erhalten hatte, prangte dieselbe doch bald im Festschmuck. Ein imposanter Zug, gebildet von der gesammten hiesigen Schuljugend, wovon die Mädchen der höhern Anstalten in weißen Kleidern erschienen, ferner von den Mitgliedern der verschiedenen Gesangvereine, den Turnern, der freiwilligen Feuerwehr, dem Schützenkorps, sowie von den Mitgliedern des Arbeiterbildungs-Vereins, hatte sich unter Musikbegleitung nach dem Bahnhofgebäude begeben und dort zum Empfang des hohen Fürstenpaares aufgestellt. Daselbst hatten sich die Mitglieder der hiesigen Staats- und Gemeindebehörden, sowie die der verschiedenen öffentlichen Anstalten, Kirchen und Schulen, sowie ein hübscher Kranz von, mit gelbrothen Schärpen geschmückten, durch besondere Festordner geführten Festdamen bereits eingefunden. Hr. Stadtdirektor Winter geleitete Ihre Königl. Hoheiten von der letzten Eisenbahnstation hieher. Hier angekommen wurden die höchsten Herrschaften durch Böllerschüsse und ein mächtiges Hoch der zum Empfang Aufgestellten, sowie der außerhalb des Bahnhofgebäudes sich gesammelten Menschenmenge begrüßt. Hr. Oberbürgermeister Schmidt sprach dann noch in einer kurzen Anrede die Begrüßung Seitens der Stadt aus, worauf Se. Königl. Hoheit in herzlichster Weise erwiederte. Die hohen Herrschaften ließen dann den Festzug vorbeiziehen und begannen dann unmittelbar darauf die beabsichtigten Besuche hiesiger geschäftlichen Etablissements und Wohlthätigkeitsanstalten zu machen.

Zunächst verfügte sich das hohe Fürstenpaar in die Schloßkirche und dann in die großh. Taubstummen-Anstalt, wo Höchstdieselben dem Unterricht mit größter Theilnahme während einer vollen Stunde anwohnten. Unmittelbar hieran schloß sich der Besuch des Eisenwerks der HH. Gebr. Benckiser, der Bijouteriefabriken der HH. Bissinger, G. Majer, Hiller, Gschwindt, A. Dennig, der chemischen Fabriken von Benckiser und Ungerer, der mechanischen Werkstätte des Hrn. K. Kaufmann, der Gießerei des Hrn. Schwickert, und der Edelsteinschleiferei des Hrn. Taylor. Von hier aus besuchten JJ. Königl. Hoheiten noch die nahegelegene Turnhalle und dann zuletzt noch die großh. Heil- und Pflegeanstalt. Zu dem Besuch der Arbeiterhalle, welcher ebenfalls in Aussicht gestellt war, blieb leider keine Zeit mehr übrig; denn es war inzwischen Abends 6 Uhr geworden. Auf diese Zeit hatte Ihre Königl. Hoheit die Frau Großherzogin die Vorsteherinnen des hiesigen Frauen-, sowie des Armenvereins zu Sich in das Absteigequartier, Hotel Autenrieth, beschieden, und sich von den Bestrebungen und Erfolgen der beiden Vereine Mittheilungen machen lassen.

Auf Abends 7 Uhr war das Festdiner in dem genannten Gasthof anberaumt, zu welchem Se. Königl. Hoheit die Mitglieder der Staats-, Gemeinde- und Kirchenbehörden, sowie die Vorstände und einzelne andere Glieder hiesiger öffentlichen Schulen und sonstigen Anstalten, sowie auch diejenigen Industriellen einladen zu lassen geruhten, bei welchen Höchstdieselben Besuche gemacht hatten. Vor Beginn des Festmahles fand die Vorstellung sämmtlicher Eingeladenen statt. Den ersten Festtoast auf Se. Königl. Hoheit den Großherzog brachte Hr. Oberbürgermeister Schmidt aus, indem er Worte des tiefgefühlten Dankes und der vollen Ergebenheit aussprach. Se. Königl. Hoheit sprach in der Erwiederung die besondere Zufriedenheit mit den hier gemachten Wahrnehmungen, sowie den Dank für die allseitig erfahrene Ergebenheit aus, und trank auf das Wohl der Stadt Pforzheim. Den Toast auf Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin hielt Hr. Stadtdirektor Winter. Im Namen Höchstderselben erwiederte der Großherzog.

Um 9 Uhr wurde die Tafel aufgehoben und begab sich dann das Fürstenpaar, begleitet von den Festtheilnehmern und erwartet von der aufgestellten Feuerwehr, den Gesangvereinen ꝛc., auf den Bahnhof, wo dann kurz darauf unter nicht enden wollenden Hochrufen der Bahnzug mit den gefeierten fürstlichen Personen abfuhr.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

25. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 11,30'''	+ 7,0	N.O.	schw. bew.	heiter, frisch
Mittags 2 „	„ 9.47'''	+15,5	S.W.	stark „	Sonnenbl., mild
Nachts 9 „	„ 9,03'''	+10,0	„	schw. „	sternhell, kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 29. Mai. 3. Quartal. 73. Abonnementsvorstellung. **Die Zauberflöte;** Oper in 2 Akten, von Mozart.

Z.k.163. Pforzheim u. Mannheim. Auswärtigen Freunden und Bekannten ertheilen wir hiermit die schmerzliche Nachricht von dem am 23. d. M. zu Mannheim erfolgten Hinscheiden unseres geliebten Vaters und Schwiegervaters,

Friedrich Schroth,

gewesenen Gastgebers zur Traube in Pforzheim.

Dem Verblichenen freundliches Andenken bewahren zu wollen, bitten um stille Theilnahme:

Georg Schroth, Otto v. Langsdorff.

Z.k.181. Pforzheim. Entfernten Freunden und Verwandten widme ich die traurige Nachricht von dem Dahinscheiden meiner lieben Frau, Emilie, geb. Ungerer, und bitte um stille Theilnahme.

Pforzheim, den 26. Mai 1864.

Karl Sachs, pr. Arzt.

Z.k.115. Karlsruhe. Bei **J. Velten**, Hofkunsthandlung in **Karlsruhe**, sind die neuesten

Porträts

JJ. KK. HH. des Großherzogs Friedrich und der Frau Großherzogin Luise von Baden

in nachstehenden Ausgaben erschienen:

1) Große Kniestücke nach Winterhalter, lithographirt von S. Maier und Leon Noël, auf chinesisch Papier. Preis per Blatt 3 fl.
2) Dieselben in kleinerem Format, lith. von S. Maier, auf chin. Papier à 1 fl. 12 kr.
3) Deßgleichen, beide Porträts auf einem Blatt en medaillon, Brustbilder auf chin. Papier, oval, 1 fl. 30 kr.

Sämmtliche Ausgaben wurden mit höchster Genehmigung nach den Originalgemälden von den vorzüglichsten Künstlern auf Stein gezeichnet.

Z.k.150. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit höherer Genehmigung wird am **1. Juni d. J.** auf der Eisenbahnstation **Langendenzlingen** eine **Güterexpedition** in Wirksamkeit treten.

Ueber die im Verkehr mit dieser neuen Station in Anwendung kommenden Gütertransporttaxen wird von sämmtlichen diesseitigen Güterexpeditionen Auskunft ertheilt.

Karlsruhe, den 24. Mai 1864.

Direktion der großh. bad. Verkehrsanstalten.

Zimmer.

Schneider.

Papierhändlern und sonst. Geschäftsleuten, welche im Besitze einer Stempelpresse sind, lehre ich gegen Franco-Einsendung von 6 Rthlr., schriftlich ausführlich und leichtfasslich, das Verfahren des engl. **Relief-Farbendrucks** für Billetpapier und Couverts mittelst echter Farben, sowie die Bereitung derselben. Z.h.948.

Proben gratis. **Heinrich Möller**, Graveur in Hamburg.

Z.k.141. Karlsruhe.

Offene Lehrlingsstelle.

Für einen gesitteten jungen Menschen aus guter Familie ist in einem **Colonialwaaren- und Tabakgeschäft** eine Lehrstelle offen. Näheres auf dem

öffentlichen Geschäftsbureau

von **Ch. F. Haffner** in **Karlsruhe**, **Kreuzstraße Nr. 18.**

Schwanen-Verkauf.

Auf dem Gute **Watthalden** bei Ettlingen wird ein Paar Schwanen verkauft. Liebhaber mögen sich dahin selbst oder an Herrn Mehlhändler Ziegler in Karlsruhe, Zähringerstraße Nr. 71, wenden. Z.k.178.

Z.k.66. Frankfurt a. M.

Associé-Gesuch.

Der Eigenthümer einer seit Jahren in großem Ansehen stehenden, bedeutenden Brauerei, verbunden mit einer Feculerie, nur 20 Stunden von Paris, an einer der Hauptstationen der Eisenbahn und einem schiffbaren Fluß gelegen — die Brauerei mit Einrichtungen der neusten Art und gutem Eiskeller versehen — wünscht sich behufs Vergrößerung des Geschäfts mit einem tüchtigen deutschen Brauer, der französisch spricht und die Fabrikation des bayrischen Bieres perfekt zu leiten versteht, zu associiren. Als Kapital-Einlage werden Frs. 150/m verlangt. Für Auskunft über die bisherige Rentabilität dieses Etablissements, sowie über alle nur mögliche Details und preliminarische Unterhandlungen wolle man sich an die Hopfenhandlung von **Leop. Mayer-Baß** in **Frankfurt a. M.** brieflich wenden.

Postgehilfenstelle-Gesuch.

Z.k.109. Ein im Post- und Telegraphendienste bewanderter Gehilfe sucht eine Stelle.

Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Stellegesuch.

Z.k.103. Ein junger Mann, der seine Lehre in einem **Manufaktur- und Spezereiwaaren-Geschäft** bestanden, seit 1½ Jahr in einem ähnlichen konditionirt, sucht unter bescheidenen Ansprüchen ein anderwärtiges Engagement.

Offerte unter Nr. 102 besorgt die Expedition dieses Blattes.

Z.k.5.

Gesucht

ein Pferd, nicht über 7 Jahre, ohne Abzeichen, dauerhaft, feurig, fromm, zugeritten und gefahren. Zu erfahren bei der Expedition dieses Blattes.

Makulatur,

groß Median, ist in größeren Quantitäten zu verkaufen. Näheres bei der Expedition der Karlsr. Ztg.

Z.k.164. **Karlsruhe.** So eben erschien und wird auf Verlangen **gratis franco** versandt:

Catalog meines antiquar. Bücherlagers.

No. II. enth. **Theologie, Philosophie, Incunabeln** und **ältere Drucke.**

Die Preise sind sehr billig gestellt.

Max Auerbach,

Buchhändler und Antiquar.

Z.k.177. Karlsruhe.

Niederländer Sprungherde (Sparherde)

für

Steinkohlen- u. Holzfeuerung,

transportabel zum Gebrauch fertig,

in 10 verschiedenen Größen,

empfiehlt zu den billigsten Preisen

en gros und **en détail**

Franz Perrin Sohn,

vor dem Mühlburger Thor.

Die Einrichtung dieser Herde übt einen großen Einfluß auf die Reinlichkeit der Küche und der Kochgeschirre aus, erleichtert das Kochen ungemein, bietet in ihrem Ofen zum Braten und Backen, sowie auch in ihrem Trockenofen alle Bequemlichkeiten für die feinere und gewöhnliche Küche. Ein solcher Herd nimmt trotz der vielfachen Benutzungsweise einen verhältnißmäßig sehr geringen Platz ein. **Worauf aber jede Hausfrau noch besondern Werth legt, ist die wesentliche Ersparung von Brennmaterial, worin wohl keine andere Kocheinrichtung den bemerkten Sprungherden (Sparherden) gleichkommt.**

Diese Herde werden unter Garantie für deren Güte verkauft.

Z.k.161. St. Gallen.

Vereinigte Schweizerbahnen.

Mit Bezugnahme auf unsere Publikation vom 14. d. M. und auf §. 8 des Programmes über die Reorganisation des Obligationskapitals vom 16. Oktober 1863, wonach die Zinse auf den zur Konversion angemeldeten Obligationen vom **1. Januar 1864** an zu **4%** jährlich berechnet und das erste Mal auf den **30. Juni** bezahlt werden sollen, beehren wir uns hiemit anzuzeigen, daß der auf 1. Juni fällige Coupon der zur Umwandlung angemeldeten Obligation des **5%** Anleihens von **Fr. 9,000,000** vom Jahre 1858 am 30. Juni mit **Fr. 20** eingelöst, der Ratazins à **5%** für den Monat Dezember 1863 dagegen gemäß den Bestimmungen des gleichen §. 8 des Programms mit dem Austausch der neuen gegen die alten Titel bezahlt wird.

Das Nähere über die am 30. Juni stattfindenden Zinszahlungen behalten wir uns für eine spätere Bekanntmachung vor.

St. Gallen, den 23. Mai 1864.

Im Namen des Verwaltungsrathes,
Der Präsident:
Wirth-Sand.
Der Sekretär:
Linden.

Geflügelausstellung in Braunschweig.

Z.k.186. Der Braunschweiger Verein für Geflügelzucht veranstaltet am Sonntag, Montag und Dienstag den 5., 6. und 7. Juni d. J. im Garten des Herrn **G. G. Thies**, südliche Wilhelmsstraße Nr. 20, in bedeckten Räumlichkeiten die zweite

Ausstellung von Hühnern, Enten, Gänsen, Truthühnern, Ziergeflügel und Tauben. Auch können Kaninchen ausgestellt werden.

An Preisen, nach Belieben in Geldprämien oder silbernen und bronzenen Medaillen bestehend, ist der Betrag von 200 Thlr. ausgesetzt. Mit der Ausstellung ist eine Verloosung verbunden, zu der ein möglichst vielseitiger Ankauf von Thieren vorgenommen wird.

Besitzer von Geflügel und Kaninchen, welche sich an der Ausstellung betheiligen wollen, werden ersucht, ihre desfallsigen Anmeldungen spätestens bis zum 2. Juni Herrn C. H. Stoot, auf dem Schilde Nr. 6, zukommen zu lassen, woselbst das Programm der Ausstellung zu erhalten ist.

Z.k.182. Frankfurt a. M.

Große Gewinne

bieten die von der Herzogl. Braunschweigischen Regierung garantirten

Original-Loose.

Ein ganzes Original-Loos kostet 7 fl.
„ halbes „ „ „ 3 fl. 30 kr.
„ viertel „ „ „ 1 fl. 45 kr.

Gewinnziehung am 9. Juni 1864.

Gewinne der Verloosung: **100000** Thlr., **60000** Thlr., **40000** Thlr., **20000** Thlr., **10000** Thlr., **8000** Thlr., **6000** Thlr. 2c. 2c.

Kleinster Gewinn 12 Thlr.

Bestellungen sind **baldigst** zu senden, da die Ziehung schon nahe ist, an den von der Direktion mit dem Verkauf der Loose beauftragten Hauptagenten

B. Schottenfels

in Frankfurt a. M.

Gewinnliste erhält jeder Theilnehmer sofort nach der Ziehung.

Z.k.167. Nr. 5280. Ilmenau.

Steinkohlen-Lieferung.

Für die diesseitige Anstalt sollen im Soumissionswege geliefert werden, und zwar franko Eisenbahn-Station Achern:

600 Zentner beste Ruhrer Stück-Coaks,
2800 Zentner beste kleine Ruhrer Stückkohlen,
600 Zentner Ruhrer Fettschrot,
800 Zentner Preßkohlen (Briquettes).

Die Angebote sind versiegelt und geeignet überschrieben längstens am 6. Juni d. J. bei uns einzureichen.

Ilmenau, den 25. Mai 1864.

Direktion der großh. bad. Heil- und Pflegeanstalt.

Roller. Brettle.

Z.i.2. Nr. 4668. Schwetzingen. (Aufforderung.) Der Metzgerbursche Georg Roth von Appenthal, welcher eines gemeinen Diebstahls zum Nachtheil des Lorenz Luf von Mainz angeschuldigt ist, wird aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, indem sonst nach Lage der Akten erkannt werden wird.

Schwetzingen, den 25. Mai 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.

Ried.

vdt. Willi.

Z.g.958. Ueberlingen. (Erbvorladung.) Karl Adolf Merlet von Meßkirch, angeblich in Amerika, und Eduard Merlet von da, als Buchbinder auf der Reise, sind als Legatare zum Nachlasse ihrer in Meersburg verstorbenen Tante, Karoline, geb. Merlet, Wittwe des in Konstanz verstorbenen Steuerperäquators Joseph Honstetter berufen. Da deren Aufenthaltsort unbekannt ist, werden sie mit Frist von

4 Monaten

zur Empfangnahme des Legates mit dem Bedeuten öffentlich vorgeladen, daß im Nichterscheinungsfalle ihr Legat lediglich Denjenigen würde zugetheilt werden, welchen es zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Ueberlingen, den 21. Mai 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.

Bodemüller.

Z.g.984. Nr. 3381. Freiburg. (Schuldenliquidation.) Franz Joseph Schladerer, lediger Kaufmann von Bamlach, ist zu Kirchzarten gestorben. Etwaige Ansprüche an denselben sind

Freitag den 3. Juni 1864,
Vormittags 8 Uhr,

bei Distriktsnotar Glykherr in Zarten anzumelden.

Freiburg, den 24. Mai 1864.

Großh. bad. Landamtsrevisorat.

Aberle.

Z.k.29. Allerneueste

grosse

Geldverloosung

von 2 Millionen 650,000 Mark,

in welcher **nur Gewinne** gezogen werden, **genehmigt** und **garantirt** von der

Staats-Regierung.

Unter **17,900** Gewinnen befinden sich Haupttreffer von Mark **250,000, 150,000, 100,000, 50,000,** 2 mal **25,000,** 2 mal **20,000,** 2 mal **15,000,** 2 mal **12,500,** 2 mal **10,000,** 1 mal **7500,** 5 mal **5000,** 7 mal **3750,** 85 mal **2500,** 5 mal **1250,** 105 mal **1000** Mark, 5 mal **750,** 130 mal **500,** 245 mal **250,** 11000 mal **117** etc. etc. Pr. Crt.

1 ganzes Original-Staatsloos kostet 4 Thlr.
1 halbes „ „ „ 2 „
2 Viertel „ Staatsloose kosten 2 „
4 Achtel „ „ „ 2 „

Beginn der Ziehung den **9. Juni.**

Meine durch **fortwährende Gewinn-Auszahlungen der grössten Treffer** hinlänglich bekannte und beliebte Geschäfts-Devise bleibt unverändert und stets bewährt.

Auswärtige Aufträge mit Rimessen in allen Sorten **Papiergeld** oder **Freimarken,** oder gegen **Postvorschuss,** führe ich selbst nach den **entferntesten** Gegenden **prompt** und **verschwiegen** aus, und sende **amtliche Ziehungslisten** u. **Gewinngelder** sofort nach der Entscheidung zu.

Laz. Sams. Cohn,

Banquier in Hamburg.

Z.k.159. F.A.R.Nr. 2906. Karlsruhe. (Fahndung.) Johann Lutz von Berghausen soll in einer Untersuchung als Zeuge einvernommen werden; da dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird gebeten, auf denselben zu fahnden und im Ermittlungsfalle hieher Mittheilung zu machen.

Karlsruhe, den 26. Mai 1864.

Das Kommando des großh. bad. Feld-Artillerieregiments.

Der Regimentskommandant:
Gf. v. Sponeck, Oberst.

Frankfurt, 26. Mai 1864. **Staatspapiere.**

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	93½ G.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102 G.
„	5% do. 1852 i. Lst.	79½ P.	„	4½% do.	102⅛ G.
„	5% do. 1859 „ „	78⅞ P.	„	4% do.	99⅜ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	3½% do.	92⅜ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	83 G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅝ G.
„	5% Nat.-Anl. 1854	67⅞ G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91¼ G.
„	5% Met.-Obligat.	62 P.	Lrbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	91¼ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	62¼ P.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89⅝ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54¼ G.	Frankf.	3½% Obligation.	98¼ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105½ G.	„	3% do.	93¾ P.
„	4½% do.	100⅜ G.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	86⅛ P.
„	4% do.	96 P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88½ P.
„	3½% Staatssch.	90 G.	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig	101½ G.	„	2¼% Schuld	45⅜ P.
„	4½% ½jährig	101¾ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100½ P.
„	4% 1jährig	99¾ G.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68¼ P.
„	4% ½jährig	99⅞ G.	Schwd.	4½% Obligation.	94¼ G.
„	4% Ablds.-Rente	99½ G.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94¾ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	100½ P.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104¾ G.	„	4½% Bern. St.-O.	101½ G.
„	4% do.	103 G.	„	4% do.	94 P.
„	3½% do.	94 G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97½ P.
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	62½ G.
„	3½% do. v. 1842	93¼ P.	„	6% do. r. 1882	60⅞ bez.
G.Hess.	5% Obligation.	101¾ G.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	99¾ P.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	140⅜ P.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅝ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	800 P.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50⅝ bez.
5% „ Cred. A. i. O. W.	201 G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50⅝ bez.
3% Bayer. Bank à fl. 500	892 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅛ G
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	222½ bez.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	80½ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	93½ P.	5% do. neueste Emiss. 6/7	73¼ G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97 G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	83⅝ G.
4% Luremb. Bank-Aktien	106 G.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	83⅝ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101⅜ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	317 P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	80 P.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	101 G.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	189 P.	4½% Ldwh.-Verb. Pr.-Obl.	102½ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/8	111 P.	4% „ „ „	98¾ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68½ G.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	98¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn	28 P.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Verb. Eisenbahn	144¼ P.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	246 P.
4% Neustadt-Dürkheimer	98¾ P.	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	104¾ G.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	111⅜ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112 G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	151¾ G.
4% Hess. Ludwigsbahn	124⅝ G.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	93 G.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	128¾ G.
„ 250 fl. „ 1854	79 P.
„ 100 fl. Pr. L 1858	133¼ G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	84⅛ bez.
„ 100 fl. v. 1864	98⅜ P.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¼ G.
Bad. 50-fl.-Loose	111½ P.
„ 35-fl.-„	53¼ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	56½ G.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	137¾ P.
„ 25 fl. „ „ „	37½ G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¾ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	34½ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86¼ P.
Ausb.-Gunzenh. L.	11 G.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	100⅛ G.
Antwerpen	„	93¾ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	100 B.
Berlin	„	105¼ B.
Bremen	„	97 B.
Brüssel	„	93¾ G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	88¾ G.
Leipzig	„	104⅞ G.
London	„	118⅞ G.
Maild. i. Fr. 200	„	93¾ G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	94⅛ B.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k.S.	101⅞ G.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl. 9	40½	-41½
Preuß. Frd'or.	„ 9	56	-57
Holl. fl. 10 St.	„ 9	49	-50
Rand-Ducat.	„ 5	33½	-34½
20-Frankenst.	„ 9	23	-24
Engl. Sover.	„ 11	50	-54
Russ. Imper.	„ 9	42	-44
Gold pr. Zpfd.	„	808	-808
5-Frank.-Thl.	„	—	—
Alte österr. 20r.	„ 30	24	G.
Rand-20r.	„ 30	12	G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„ 52	6	-36
Preuß. Cassch.	„ 1	45	-45¼
Doll. in Gold	„ 2	27	-28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)